

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

2009234/5

Dezernat: <b>Dezernat 6</b>	aktuelles Gremium <b>Stadtrat</b>	Sitzung am: <b>10.09.2009</b> TOP: <b>2.12</b>
Amt: <b>Bereich 061</b>	öffentlich <b>ja</b>	Vorlagen-Nr.: <b>2009234/5</b>
	Az.:	erstellt am: <b>14.08.2009</b>

### Betreff

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 53 "Photovoltaikanlage 2 auf dem ehemaligen Militärflugplatz" in Köthen (Anhalt) mit Vorhaben- und Erschließungsplan hier: Abwägung der Bedenken und Anregungen aus der Offenlage und aus der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden - Abwägungsbeschluss**

### Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	25.08.2009: Ortschaftsrat Wülknitz	25.08.2009	laut BV
2	27.08.2009: Bau- und Umweltausschuss	27.08.2009	laut BV
3	31.08.2009: Ortschaftsrat Baasdorf	31.08.2009	laut BV
4	01.09.2009: Hauptausschuss	01.09.2009	laut BV
5	10.09.2009: Stadtrat	10.09.2009	laut BV

### Beschlussentwurf

1.

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander entsprechend dem zu diesem Beschluss vorliegenden Abwägungsprotokoll (Anlage 2) werden folgende Korrekturen im vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53 "Photovoltaikanlage 2 auf dem ehemaligen Militärflugplatz" vorgenommen.

1.1. Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt

Die Kartengrundlage der Planzeichnungen A und C wurden in Abstimmung mit dem beauftragten öffentlich bestellten Vermessungsingenieur geändert.

Für die Auszüge aus der Liegenschaftskarte zur Darstellung der externen Ausgleichsflächen wurde die Erlaubnis nachgewiesen.

Auf der Planzeichnung C wurden die Angaben zur Kartengrundlage und der Nachweis der Erlaubnis, zur Vervielfältigung und Verbreitung von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster eingetragen. Diese Angaben sind mit den Angaben der Planzeichnung Teil A identisch.

In der Planzeichnung der Anlage 1 der Begründung Teil I wurden ebenfalls die Angaben zur Kartengrundlage sowie der Vervielfältigungsgenehmigung nachgetragen.

#### 1.2. Landesbetrieb Bau NL Ost

Um noch deutlicher hervorzuheben, dass dieses Planzeichen keine eigenständige Planung der Stadt sondern der Straßenbauverwaltung des Landes Sachsen-Anhalt ist, wird es in der Planzeichenerklärung unter "Nachrichtliche Übernahme" geführt. Zur besseren Lesbarkeit der Planzeichnung wurde die Variante der Einbeziehung der landschaftspflegerischen Maßnahmen in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gewählt.  
(Anlage 2, Seite 36)

#### 1.3. MITGAS GmbH

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 53 wird im Teil B: Textliche Festsetzungen Nr. 4.10, Nr. 4.12 und Nr. 4.13 dahingehend geändert, dass auf die einzuhaltenden Schutzstreifen der vorhandenen Gasleitungen hingewiesen wird.  
Ebenfalls werden die Maßnahmeblätter der Maßnahmen M 10, M 12 und M 13 des landschaftspflegerischen Fachbeitrages entsprechend überarbeitet.  
(Anlage 2, S. 43)

#### 1.4. GDMcom

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 53 wird im Teil B: Textliche Festsetzungen Nr. 4.10, Nr. 4.12 und Nr. 4.13 dahingehend geändert, dass auf die einzuhaltenden Schutzstreifen der vorhandenen Gasleitungen hingewiesen wird.  
Ebenfalls werden die Maßnahmeblätter der Maßnahme M 10, M 12 und M 13 des landschaftspflegerischen Fachbeitrages entsprechend überarbeitet.  
(Anlage 2, S. 46)

#### 1.5. Amt 73 Stadt Köthen (Anhalt)

Planzeichnung

Teil B: Textliche Festsetzungen

Nr. 4.10 Ausgleichsmaßnahmen M 10

Die textliche Festsetzung wird dahingehend geändert, dass die ehemals 3-reihige Hecke in eine 2-reihige Hecke geändert wird. Im Abstand von 100 m sind großkronige Laubbäume zu pflanzen.

Nr. 4.12. Ausgleichsmaßnahme M 12

Die Festsetzungen wurde dahingehend geändert, dass die ehemals 3-reihige Hecke in eine 2-reihige Hecke geändert wird. Die im mittleren und südlichen Teil des Weges vorhandenen Obstbäume außerhalb der Schutzstreifen unterirdischer Leitungen sind zu erhalten und zu pflegen. Die Pflegemaßnahme ist beschrieben.

Nr. 4.13. Ausgleichsmaßnahme M 13

Die Festsetzung wird dahingehend geändert, dass der 4 m breite Saum nun zwischen Radweg und Anpflanzung und der 1 m breite Saum zum Ackerland angelegt wird. Die Säume waren ursprünglich bzgl. ihrer Breiten umgekehrt angeordnet.

Nr. 4.14. Allgemeine grünordnerische Festsetzungen

Diese Festsetzung ist um die Qualität für Hochbäume ergänzt.

(Anlage 2, S. 49)

## 2.

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange entsprechend dem vorliegenden Abwägungsprotokoll (Anlage 2 und 3) wird die Begründung zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53 "Photovoltaikanlage 2 auf dem ehemaligen Militärflugplatz" wie folgt geändert und ergänzt:

2.1. Kap. 3.5 "Altlasten der Begründung Teil I wird ergänzt um:

"Belange der Abfallwirtschaftsplanung, d. h. in Aufstellung befindliche Abfallwirtschaftspläne einschl. geplanter konkreter Abfallentsorgungsanlagen werden nicht berührt.  
Abfallwirtschaftliche Belange:

Im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 53 befinden sich keine betriebenen bzw. in Stilllegung befindlichen Deponien, die der Zuständigkeit der oberen Abfallbehörde unterfallen."

(Anlage 2, S. 2, Stellungnahme Landesverwaltungsamt S.-A.)

2.2. Kap. 3.5 "Altlasten" der Begründung Teil I wird das Gutachten zur Bodenuntersuchung und Begutachtung neu aufgeführt:

"Im Ergebnis der aktuell erzielten Befunde der Gelände- und Laborarbeiten wurden folgende Aussagen/Schlussfolgerungen getroffen:

- Es liegen keine relevanten Bodenbelastungen vor. Der pauschale Altlastenverdacht in Bezug auf die Tangierung der KF B1 und KF B26 hat sich demnach nicht bestätigt.
- In Bezug auf die geplante gewerbliche Nutzung durch eine Photovoltaikanlage können keine Gefährdungsaspekte für die verschiedenen Schutzgüter, insbesondere für das Schutzgut Grundwasser unter dem Aspekt der Versickerung von Niederschlagswässern, abgeleitet werden. Aus fachlicher Sicht ergibt sich letztlich kein Erfordernis hinsichtlich Einschränkungen der vorgesehenen Baumaßnahme und späteren Nutzung oder anderweitiger kontaminationsbedingter Handlungserfordernisse.

Für diesen Teilbereich des Plangebietes ist somit keine Kennzeichnung, als Umgrenzung der für bauliche Nutzungen vorgesehenen Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, mehr erforderlich."

(Anlage 2, S. 10, Stellungnahme Landkreis Anhalt-Bitterfeld)

2.3. Kap. 6.5 "Abfallbeseitigung" der Begründung Teil I wird im folgenden Text ergänzt:

"Die Entsorgung der anfallenden Abfälle erfolgt durch den vom Landkreis Anhalt-Bitterfeld beauftragten Dritten."

(Anlage 2, S. 11, Stellungnahme Landkreis Anhalt-Bitterfeld)

2.4. Kap. 7.8 "Grenzeinrichtungen und -marken" wird als neues Kapitel in die Begründung eingefügt mit folgendem Text:

Im Plangebiet sind Grenzeinrichtungen vorhanden, welche ggf. durch zukünftige Bautätigkeit zerstört werden können.

In diesem Zusammenhang Verweis auf die Regelung nach § 5 und § 22 des Vermessungs- und Geoinformationsgesetzes Sachsen-Anhalt (VermGeoG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung v. 15.9.2004 (GVBl. LSA 716), wonach derjenige ordnungswidrig handelt, der unbefugt Grenzmarken einbringt, verändert oder beseitigt.

Insofern hat der für die Baumaßnahme verantwortliche Träger ggf. dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Arbeiten zur Sicherung bzw. Wiederherstellung der Grenzmarken durch eine nach § 1 des o. a. Gesetzes befugte Stelle durchgeführt werden.

Zusätzlich ist bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen aufzunehmen, dass der für die Baumaßnahme verantwortliche Träger dafür zu sorgen hat, dass im Falle der Gefährdung von Grenzmarken rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten die erforderliche Sicherung durchgeführt wird."

(Anlage 2, S. 31, Stellungnahme LAVermGeo)

2.5. Im Kap. 2.5. "Sonstige Planungen" wird der Absatz gestrichen, in dem angeregt wird, dass nach Vollzug der landschaftspflegerischen Maßnahmen die entsiegelten Flächen in ein sonstiges Sondergebiet "Photovoltaikanlage" oder Maßnahme zum Schutz, zur Pflege zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft geändert werden sollte.

(Anlage 2, S. 36, Stellungnahme LB Bau NL Ost)

2.6. Kap. 6.2 "Wasserwirtschaftliche Erschließung" der Begründung, Teil I wird um folgenden Text ergänzt:

"2007 wurde ein Wasserzählerschacht in der Baasdorfer Straße für den Trinkwasseranschluss NK 50

der Firma WIMEX installiert."

(Anlage 2, S. 40, Stellungnahme MIDEWA)

2.7. Kap. 7.7 "Unterirdische Versorgungsleitungen" der Begründung, Teil I wird um folgenden Text ergänzt:

"Im Planbereich befinden sich bzw. dem Planbereich nähern sich Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom, Bereich Technik Breitband und Festnetz. Diese sind in den vorliegenden Plänen in den Farben Blau und Grün für unterirdische Linien und in Violett für oberirdische Linien dargestellt. Im Sondergebiet werden zwei TK-Linien mit regionaler Bedeutung berührt (östliches und nördliches SO-Gebiet). Dem östlichen Sondergebiet nähert sich weiterhin eine wichtige überregionale Telekommunikationslinie der Deutschen Telekom entlang der Straße Köthen - Baasdorf. Auf die Telekommunikationslinien ist bei den Erschließungen so Rücksicht zu nehmen, dass Veränderungen oder Verlegungen nicht erforderlich werden. Sind dennoch Sicherungen, Veränderungen oder Verlegungen erforderlich, so sind die entsprechenden Kosten vom Erschließungsträger für die dann im Einzelnen abzustimmenden Fälle auf der Grundlage einer Kostenübernahmevereinbarung zu übernehmen. Auch bei den Ausgleichsmaßnahmen, Zuwegungen und Erschließungen kann es zu Betroffenheiten kommen. Für die Baumaßnahme der Deutschen Telekom wird eine Vorlaufzeit von möglichst 6 Monaten benötigt. Bei geplanten Baumpflanzungen (Ausgleichsmaßnahmen) ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen Ausgabe 1989, siehe hier u. a. Abschn. 3 zu beachten. Es ist sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.

Wünscht der Vorhabenträger die Anbindung der Solaranlagen an das Telekommunikationsnetz der Deutschen Telekom AG, so ist das auf freiwilliger Basis und unter der Voraussetzung der Kostenerstattung durch den Vorhabenträger möglich. Hierzu ist jedoch eine rechtzeitige und einvernehmliche Abstimmung des Vorhabenträgers mit der Deutschen Telekom erforderlich.

Bei der Bauausführung ist von den ausführenden Firmen darauf zu achten, dass Beschädigungen an Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) jederzeit der Zugang zu vorhandenen Telekommunikationslinien möglich ist. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden über die zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom AG informieren. Für Tiefbauunternehmen steht die "Trassenauskunft Kabel" (Kabeleinweisung via Internet) unter folgender Internetadresse zur Verfügung:  
<https://trassenauskunft-kabel.telekom.de>

Die Kabelschutzanweisung der Deutschen Telekom AG ist zu beachten. "

(Anlage 2, S. 41/42, Stellungnahme Deutsche Telekom)

2.8 Kap. 7.7 „Unterirdische Versorgungsleitungen in der Begründung, Teil I, wird um folgenden Text ergänzt:

„Im Bereich der geplanten externen Ausgleichsflächen befinden sich Gashochdruckleitungen TN 210.00 (DN 600/DP 84) und TN 475.14 (DN 100/DP 16). Dazu wird ein Übersichtsplan M 1 : 25.000 und die Bestandspläne Blatt Nr. 1 – 5 übergeben. Weiterhin ist die 2. Auflage vom „Merkheft zum Schutz von Anlagen der MITGAS GmbH“ verpflichtend zu beachten.

Für die Gashochdruckleitung TN 210.00 beträgt die zu berücksichtigende Schutzstreifenbreite 8,0 m (jeweils 4,0 m rechts und links der Trasse).

Für die Gashochdruckleitung TN 475.14 beträgt die zu berücksichtigende Schutzstreifenbreite 4,0 m (jeweils 2,0 m rechts und links der Trasse).

Sofern Anlagen der MITGAS GmbH von der Maßnahme betroffen sind, ist sowohl die Übergabe der vervollständigten Planunterlagen (Lagepläne) als auch die weitere Einbeziehung in die fortlaufenden Planungen zwingend erforderlich, da auf Grund der Bedeutung der Gashochdruckleitung TN 210.00 ggf. spezielle Belange zu berücksichtigen sind.

Sollten aus objektiven Gründen der angegebene Schutzstreifen bzw. Sicherheitsabstand und/oder die im o. g. Merkheft aufgeführten Abstände und Forderungen ganz oder teilweise nicht eingehalten werden können, ist zwingend mit uns Rücksprache über die dann erforderlichen Maßnahmen zu führen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anlagen Bestandsschutz genießen. Notwendige Aufwendungen/Veränderungen sind grundsätzlich durch den Verursacher bzw. nach den gültigen vertraglichen Vereinbarungen zu finanzieren.

Die Darstellung der Leitung der Verbundnetz Gas AG in ihrem Übersichtsleitwerk ist inaktuell und hat nur informativen Charakter. Auskunft über diesen Leitungsbestand erteilt die Verbundnetz Gas AG, Braunstraße 7, 04347 Leipzig.

Da der Anlagenbestand der MITGAS GmbH ständigen Änderungen und Erweiterungen unterliegt, besitzt diese Stellungnahme eine Gültigkeit von zwei Jahren ab dem Ausstellungsdatum.“

(Anlage 2, Seiten 43/44; MITGAS GmbH)

2.9. Kap. 7.7 „Unterirdische Versorgungsleitungen“ in der Begründung Teil I wird um folgenden Text ergänzt:

„Die Anlagen der VNG liegen in der Regel mittig in einem Schutzstreifen, der von Art und Dimensionierung der Anlage abhängig ist.

Hierbei handelt es sich um folgende Anlage/n:

Eigen- tümer Anlage/n	Nr.	DN	Schutzstreifen
VNG Ferngasleitung (FGL) (1)	203	750	10 m
VNG Steuerkabel (StK) (1)	0505		1 m
VNG Kabelschutzrohr (2 x KSR) (1) mit einliegenden LWL-Kabel/n	0550		1 m (2)
VNG Sonstiges (1): Schilderpfähle mit/ohne Messkontakt (SMK, SPf)			

(1) nachfolgend als Anlage/n bezeichnet

(2) befindet sich teilweise im Schutzstreifen der FGL 203

Die derzeitige ungefähre Lage dieser Anlage/n ist den vorliegenden Plänen zu entnehmen.

Hinweis:

Betreiberin des VNG-Fernleitungsnetzes ist seit dem 01.01.2006 die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH, Leipzig („ONTRAS“). Die ONTRAS hat die VNG mit dem technischen Netzbetrieb beauftragt. Infolge dessen führt die VNG die Wartung, Instandhaltung und örtliche Betreuung durch.“

(Anlage 2, Seite 45; Stellungnahme GDM com)

## 2.10. Änderung Begründung, Teil II – Umweltbericht

Die geänderten Festsetzungen der Ausgleichsmaßnahmen M 10 und M 12 (Änderung der dreireihigen Hecke in eine zweireihige Hecke) führt zu folgenden radikalen Änderungen:

### Kap. 2.4.

Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung und zum Ausgleich der nachteiligen Umweltauswirkungen bzgl. des Schutzgutes „Naturhaushalt“ – Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes (a – e).

### Kap. 3.4.

Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung und zum Ausgleich der nachteiligen Umweltauswirkungen bzgl. des Schutzgutes „Mensch und Gesundheit“ und „Landschaft“ – Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen außerhalb des Plangebietes (a – d)

### Kap. 7.2.



Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen (Monitoring) – Zusammenschau.

#### Landschaftspflegerischer Fachbeitrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53

Die Notwendigkeit von Änderungen des Textteils des Landschaftspflegerischen Fachbeitrages ist nicht gegeben, da sich die vorgenannten Änderungen auf die Maßnahmeblätter beschränken (diese sind Anlage des Fachbeitrages).

##### Maßnahmeblatt M 8

Die im Maßnahmeblatt beschriebene Maßnahme wird im Pkt. Begründung ergänzt (die Bepflanzung orientiert sich in Art und Umfang an die nördlich angrenzende und im BP Nr. 49 festgesetzte Hecke; der interne Saum der Hecke dient der Strukturierung und ist der Sukzession zu überlassen; aufgrund von Modulverschattungen werden keine Bäume gepflanzt).

##### Maßnahmeblatt M 10

Das Maßnahmeblatt ist redaktionell an die oben beschriebenen Änderungen der textlichen Festsetzungen Nr. 4.10 angepasst. Dies betrifft die Punkte „Maßnahmebeschreibung, Pflanzschema, Pflanzliste, Formulierungsvorschlag der grünordnerischen Festsetzung zur Übernahme in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan, Begründung, Grobkostenschätzung“.

##### Maßnahmeblatt M 12

Das Maßnahmeblatt ist redaktionell an die oben beschriebenen Änderungen der textlichen Festsetzungen Nr. 4.12 angepasst. Dies betrifft die Punkte „Maßnahmebeschreibung, Pflanzschema, Pflanzliste, Formulierungsvorschlag der grünordnerischen Festsetzung zur Übernahme in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan, Begründung, Grobkostenschätzung“.

##### Maßnahmeblatt M 13

Das Maßnahmeblatt ist redaktionell an die oben beschriebenen Änderungen der textlichen Festsetzungen Nr. 4.13 angepasst. Dies betrifft die Punkte „Maßnahmebeschreibung, Pflanzschema, Pflanzliste, Formulierungsvorschlag der grünordnerischen Festsetzung zur Übernahme in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan, Begründung, Grobkostenschätzung“.

(Anlage 2; Seiten 49/50; Stellungnahme Amt 73 Stadt Köthen)

3.

Den übrigen Stellungnahmen wird nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange nicht entsprochen. Eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden ist nicht erforderlich.

#### **Gesetzliche Grundlagen:**

§§ 1 - 12 Baugesetzbuch (BauGB); §§ 4, 6, 44 Gemeindeordnung (GO) LSA

## **Darlegung des Sachverhalts / Begründung**

### **1. Verfahrensstand**

Der Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 53 " Photovoltaikanlage 2 auf dem ehemaligen Militärflugplatz " der Stadt Köthen (Anhalt) mit dazugehöriger Begründung vom 20.05.2009 wurde am 11.06.2009 vom Stadtrat der Stadt Köthen gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt (Beschluss Nr. 09/StR/35/006). Die öffentliche Auslegung fand vom 19.06.2009 bis 20.07.2009 in der Stadtverwaltung Köthen statt. Die Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB) wurden mit Schreiben vom 12.06.2009 um Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf gebeten.

### **2. Auswertung der öffentlichen Auslegung/Öffentlichkeitsbeteiligung sowie der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

Während der öffentlichen Auslegung und der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden keine Stellungnahmen von Bürgern abgegeben.

### **3. Auswertung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)**

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden nach § 4 BauGB schriftlich (mit Schreiben vom 12.06.2009) um Stellungnahme gebeten.  
Es wurden 49 Behörden (bzw. TÖB), darunter 18 Nachbargemeinden, beteiligt.  
Davon haben 28 Behörden bzw. TÖB erneut eine Stellungnahme abgegeben (Liste der beteiligten Träger öffentlicher Belange/Behörden, Anlage 1). (Abwägungsvorschläge dazu: Anlage 2 )

8 Stellungnahmen von Behörden bzw. TÖB aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung wurden ebenfalls in die Abwägung eingestellt.

### **4. Abwägungsvorschläge**

Die Abwägungsvorschläge wurden protokolliert und sind der Beschlussvorlage in den Anlagen 2 und 3 beigelegt.

Entsprechend den Abwägungsergebnissen werden Änderungen des Planentwurfs und der Begründung vorgeschlagen. In der Anlage 2 sind diese mit Fettdruck hervorgehoben.

### **Anlagen:**

Anlage 1 - Liste der beteiligten Behörden und Träger öffentlicher Belange

Anlage 2 - Abwägungsvorschläge der Stellungnahmen der Behörden und Nachbargemeinden nach der Öffentlichkeitsbeteiligung vom 12.06.2009